

Rechter Hetze und staatlichem Rassismus entgegenreten!

Vorschläge von ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION zur bundesweiten Beratung von Welcome2stay

RassistInnen hetzen täglich gegen Geflüchtete und MigrantInnen. Rechte Banden und Schlägertrupps greifen Menschen und Unterkünfte an. Zugleich schiebt der Staat ab, die EU-Außengrenzen werden dichtgemacht, Menschen mittels sog. „Integrationsgesetzen“ rassistisch sortiert und ausgegrenzt. Geflüchtete und muslimische MitbürgerInnen werden pauschal unter „Terrorismusverdacht“ gestellt – nicht nur von AfD, Pegida und Co. Auch aus der „Mitte der Gesellschaft“ wird der Ruf nach „erleichterten Abschiebungen“ und Totalüberwachung laut. „Bleibeperspektive“ soll nur haben, wer am Arbeitsmarkt nützlich ist, sei es als günstige Fachkraft oder ZwangsarbeiterIn für 80,- Cent. Diese Lohndrückerei fördert die soziale Hetze. Frauen, Jugendliche und sexuell Unterdrückte sind in ihren Herkunftsländern und auf der Flucht besonderer Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt. Diese wird hier in anderer Form fortgesetzt, z.B. durch Einschränkung des Familiennachzugs oder durch Schikanen bei den Behörden. Dem wachsenden Rassismus auf der Straße, in der Gesellschaft, von Staat und Regierung können wir nur gemeinsam durch Massenmobilisierungen, durch eine organisierte Bewegung entgegenreten. Daher rufen wir alle AntirassistInnen, alle Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen, UnterstützerInnenstrukturen, Gewerkschaften, linken Parteien und Organisationen auf, sich zu einem bundesweiten Aktionsbündnis zusammenzuschließen.

- AfD, Pegida, rassistischen und faschistischen Mobilisierungen entgegenreten! Organisierte Selbstverteidigung und Solidarität gegen rassistische Angriffe!
- Gegen alle Abschiebungen, Rücknahme aller Verschärfungen der

Asylgesetze! Nein zum sog. „Integrationsgesetz“, keine rassistischen Sondergesetze wie „Burkaverbot“ oder Einschränkung des Nachzugs von Verwandten! Bereitstellung von sicherer Unterbringung (z. B. in Frauenhäusern) von Frauen und sexuell Unterdrückten! Für offene Grenzen und gleiche StaatsbürgerInnenrechte für alle Geflüchteten und MigrantInnen! Weg mit der Festung Europa!

- Recht auf Arbeit für Geflüchtete! Mindestlohn von 12,- Euro/Stunde für alle statt 80-Cent-Zwangsjobs! Öffentliches Wohnungsbauprogramm, Beschlagnahme von leerstehenden Wohnungen und entschädigungslose Enteignung von Immobilienspekulanten, um Wohnraum für alle zu schaffen. Gewerkschaftliche Organisierung der Geflüchteten!
- Beteiligt Euch am bundesweiten antirassistischen Schulstreik von „Jugend gegen Rassismus“ am 29. September, an der Großdemonstration „Fluchtursachen bekämpfen!“ am 29. Oktober in Nürnberg und anderen Aktionen der nächsten Wochen!